

# Nina Warken

Mitglied des Deutschen Bundestages

ZUHÖREN. ANPACKEN. UMSETZEN.

Newsletter 14 / 08. Dezember 2020



[www.nina-warken.de](http://www.nina-warken.de)



<https://twitter.com/ninawarken>



<https://facebook.com/warkennina>



<https://instagram.com/nina.warken>

Foto: Tobias Koch

#haushalt2021

#corona



Foto: Tobias Koch

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch der Bundeshaushalt 2021 steht ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Es wird noch einmal sehr viel mehr Geld für den Gesundheitsschutz und die umfangreichen Wirtschaftshilfen bereitgestellt, die Ausgaben werden um rund 85 Milliarden Euro auf fast 500 Milliarden Euro angehoben. Diese Ausgaben und der Einbruch der Steuereinnahmen lassen sich nur mit einer deutlich höheren Neuverschuldung als im Regierungsentwurf finanzieren.

Die Nettokreditaufnahme 2021 wurde von 96,2 Milliarden Euro im Regierungsentwurf vom September auf nun 179,8 Milliarden Euro angehoben. Die nach der Schuldenbremse zulässige Nettokreditaufnahme wird damit für das kommende Jahr deutlich überschritten.

Diese Entscheidung fällt uns, gerade auch mit Blick auf unsere nachfolgenden Generationen, nicht leicht, aber mit der Corona-Pandemie liegt eine außergewöhnliche Notsituation vor. Wir helfen dort, wo Hilfe notwendig ist: im Gesundheitswesen, bei den Sozialleistungen und beim Erhalt der wirtschaftlichen Strukturen.

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund!

*Jh*  
Nina Warken

## Videokonferenz: DANK an alle Ehrenamtlichen!

Teilnehmer ohne Video: 7 ausgeblendet



Grafik: Ralph Kinzie und Matthias Busse

Am vergangenen Freitag habe ich mit Blick auf den darauffolgenden „Internationalen Tag des Ehrenamtes“ zu einer Videokonferenz mit über 30 Ehrenamtlichen aus dem Main-Tauber- und dem Neckar-Odenwald-Kreis eingeladen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schilderten mir in einem über zweistündigen Dialog die Herausforderungen ihres Alltags, da wurde Klartext gesprochen! Auf diesen direkten und offenen Austausch lege ich besonderen Wert, diese Informationen sind für meine parlamentarische Arbeit wichtig und wertvoll. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen, die sich ehrenamtlich engagieren, sehr herzlich bedanken. Sie alle leisten eine herausragende Arbeit für unsere Gesellschaft und unser Land. Ohne Ehrenamt geht es nicht!

Seitens des Bundes werden wir mit einem „Ehrenamtspaket“ Vereine und Ehrenamtliche stärken. Die vereinbarten Maßnahmen werden mit dem Jahressteuergesetz 2020 umgesetzt, das am 17. Dezember 2020 im Deutschen Bundestag und am Folgetag im Bundesrat beschlossen werden soll.

**Folgendes ist vorgesehen:** ① Erhöhung der Übungsleiterpauschale von 2.400 auf 3.000 Euro im Jahr. ② Erhöhung der Ehrenamtspauschale von 720 auf 840 Euro im Jahr. ③ Anhebung der Freigrenze für die Einnahmen aus einer wirtschaftlichen Betätigung einer gemeinnützigen Organisation von 35.000 Euro auf 45.000 Euro. ④ Vereinfachter Zuwendungsnachweis bis 300 Euro, um Bürokratie abzubauen.

## Ich bin gerne Ihre Ansprechpartnerin

Seit Beginn meines Mandats liegt es mir am Herzen, den Bürgerinnen und Bürgern bei Anliegen oder Problemen bestmöglich zu helfen. Sie können mein Team und mich jederzeit auch außerhalb der regulären Telefonsprechstunden unter der Rufnummer 030 - 227 78102 erreichen.

**Nächste Telefonsprechstunde:**  
**Mittwoch, 9. Dezember 2020**  
**von 15:30 - 16:30 Uhr**  
**Telefon: 030 - 227 78102**  
**[www.nina-warken.de](http://www.nina-warken.de)**



## Haushalt 2021: Etat des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat



Archivfotos: Angelika Cronauer; Matthias Busse; Harald M. Wissmann; VHS Mittleres Taubertal

Der Einzelplan des Bundesinnenministeriums weist im Regierungsentwurf Ausgaben in Höhe von 18,3 Mrd. € auf. Finanzielle Schwerpunkte im Bereich der Inneren Sicherheit sind die Ausgaben für die Bundespolizei mit rund 4,7 Mrd. Euro und für das Bundeskriminalamt mit rund 833 Mio. Euro. Das Technische Hilfswerk (THW) erhält für vier dezentrale Logistikzentren 40,23 Mio. Euro. Im Rahmen der Neuordnung nach § 6 THW-Gesetz stehen außerdem 3 Mio. Euro zusätzlich bereit. Das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ ist im Jahr 2015 als einmaliges Sonderprogramm gestartet (Volumen: rd. 1,35 Mrd. Euro) und wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt (zusätzliche Programmscheibe 2021: 200 Mio. Euro). Für die Durchführung der Integrationskurse stellt der Bund 692,6 Mio. Euro zur Verfügung. Von diesen Mitteln profitieren auch die Volkshochschulen.



### Videostatement ► Innere Sicherheit

#### Der Umgang mit islamistischen Gefährdern in Deutschland

Am Mittwoch, 9. Dezember 2020 beginnt die Innenministerkonferenz. Behandelt werden hier viele Themen, die uns auch im Innenausschuss des Bundestages beschäftigen. Ein zentrales Feld ist und bleibt dabei die Innere Sicherheit. Durch die jüngsten islamistischen Anschläge in Paris, Nizza und Wien, aber auch durch den Angriff in Dresden, ist der Umgang mit dem Islamismus weiterhin oben auf der Tagesordnung. Viele Bürger haben mich in diesem Zusammenhang gefragt, warum es so schwer ist, ausländische Gefährder in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat sich aktuell dafür ausgesprochen, Mehrfach-Straftäter auch nach Syrien abzuschieben. Wo die Schwierigkeiten liegen und was wir dagegen tun wollen, dazu nehme ich in meinem Video Stellung: <https://youtu.be/FjqUENsbfVs>



### Ländlicher Raum

#### Junge Familien sollen schneller Wohneigentum aufbauen können

Seit Anfang November 2020 liegt der Entwurf der Bundesregierung für ein Baulandmobilisierungsgesetz vor. Mit diesem Gesetzesentwurf sollen insbesondere die Handlungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden im Bauplanungsrecht gestärkt werden. Zu Beginn der Legislaturperiode hat die Bundesregierung eine Baulandkommission eingesetzt. Empfehlung der Baulandkommission ist es unter anderem gewesen, den §13b BauGB befristet zu verlängern. Hintergrund ist der weiterhin bestehende hohe Bedarf an neuen Wohnungen, der zügig gedeckt werden soll. Die Regelungen des § 13b BauGB enthalten planungsbeschleunigende Maßnahmen. Über die Anwendung der Regelung zur Planungsbeschleunigung entscheiden die Kommunen vor Ort. Davon unberührt bleibt wie bisher der gesetzliche Vorrang der Innenentwicklung, den die Kommunen auch bei einer Verlängerung des § 13b BauGB zu beachten haben. Gerade jungen Familien in ländlichen Räumen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich vor Ort Wohneigentum aufzubauen. Dafür muss bei fehlendem Angebot an Flächen in bereits bebauten Siedlungsbereichen auch die zügige Inanspruchnahme neuer Bauflächen möglich sein.

**Corona-App – Abstand – Hygiene – Lüften – Alltagsmaske**

**#allegeencorona**



### IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Telefon 030 / 227 78102. E-Mail: [nina.warken@bundestag.de](mailto:nina.warken@bundestag.de). Internet: [www.nina-warken.de](http://www.nina-warken.de) Redaktion/Gestaltung: Matthias Busse. Fotonachweise am jeweiligen Bild. Texte: Nina Warken, Matthias Busse, CDU Deutschlands, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arbeitsagentur Schwäbisch Hall-Tauberbischofsheim.



# Der Start in das nächste Ausbildungsjahr wird für alle Beteiligten ein großer Kraftakt

Elisabeth Giesen, Leiterin der Arbeitsagentur Schwäbisch Hall-Tauberbischofsheim, im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Nina Warken

„Trotz der Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise hat sich der Arbeitsmarkt in unserem Agenturbezirk relativ gut gehalten“, umschreibt Elisabeth Giesen, Leiterin der Arbeitsagentur Schwäbisch Hall-Tauberbischofsheim, der CDU-Bundestagsabgeordneten Nina Warken die Lage. Ein aktuelles Bild zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt in der Region, wie sich die Pandemie-Regelungen auswirken und ob aus Sicht der Arbeitsagentur noch weitere Regelungen und Maßnahmen erforderlich wären, waren Themen des virtuellen Austausches.

Der Arbeitsmarkt habe auf die Einschränkungen im November reagiert - derzeit jedoch noch nicht mit einer Zunahme von Entlassungen. So ginge die Arbeitslosigkeit zurück und die aktuelle Quote liege bei 3,5 Prozent. Allerdings seien die Betriebe wieder zurückhaltender bei der Personalsuche und hätten im November wieder für deutlich mehr Mitarbeiter Kurzarbeit angezeigt.

„Nach Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) soll die Beschäftigung im zweiten Lockdown nicht noch einmal einbrechen“, so Elisabeth Giesen. Großen Respekt sprach die Bundestagsabgeordnete Nina Warken den Mitarbeitern der Arbeitsagentur aus, die eine zügige Auszahlung von Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld möglich machen.

„Wie kann es gelingen, dass junge Menschen beim Übergang von Schule und Beruf den Anschluss nicht verlieren?“, war eine zentrale Frage von Warken, da die Berufsorientierung und Beratung in Präsenz in den letzten Monaten so gut wie nicht machbar gewesen sei. Schulen seien geschlossen oder der Zugang zu diesen nicht erlaubt gewesen. „Seit einigen Wochen sind die Berufsberater/innen, wo immer möglich, wieder an den Schulen präsent. Zudem nutzen wir alle Möglichkeiten der fortschreitenden Digitalisierung, zum Beispiel Videokommunikation und -beratung, digitale Ausbildungsmessen, Kontakt- und Informationsmöglichkeiten zum Thema Berufswahl über social media (z.B. YouTube), um die Jugendlichen zu unterstützen. Auch wenn wir auf dem Ausbildungsmarkt noch glimpflich weggekommen sind, blicken wir sorgsam und aufmerksam auf das kommende Jahr. Der Start in das nächste Ausbildungsjahr wird für alle Beteiligten ein großer Kraftakt werden. Die Bundesagentur für Arbeit wird alles tun, um junge Menschen zu beraten und Bewerber und Arbeitgeber zusammenzuführen“, sagte Giesen.

Der Bedarf an Fachkräften in der Region sei und werde auch weiterhin groß sein. Die Deckung des Fachkräftebedarfs, die Bewältigung des Transformationsprozesses und Demografie würden nach der Corona-Krise wieder in den Vordergrund rücken. Umso wichtiger sei es, berufliche Qualifizierung ausgerichtet an den Bedarfen der Unternehmen voranzubringen und zu unterstützen. Giesen: „Unbedingt weiter genutzt werden sollen die Möglichkeiten, die das Qualifizierungschancengesetz den Unternehmen auch mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung bietet. Darüber kann die Arbeitsagentur die Weiterbildung beschäftigter Arbeitnehmer unterstützen, aber auch die Qualifizierung in einem Beruf, in dem Fachkräftemangel besteht.“ Als wichtig erachtet Nina Warken insbesondere, dass sowohl Kleinstunternehmen als auch große Firmen Zuschüsse zu den Weiterbildungskosten und dem Arbeitsentgelt erhalten können. Das Fachkräfteeinzugungsgesetz biete Arbeitgebern zusätzliche Möglichkeiten, qualifiziertes Personal zu akquirieren. „Für die Planbarkeit und Zuversicht ist es jetzt wichtig, dass es eine Perspektive für das Ende der Pandemie gibt“, waren sich Giesen und Warken einig.



Foto: Agentur für Arbeit

## Lebenshilfe Buchen: „Weihnachtsmarkt to go“



Foto: Tobias Münch

Gemeinsam mit Minister Peter Hauk MdL besuchte ich am vergangenen Wochenende den beliebten Weihnachtsmarkt der Lebenshilfe Buchen und Umgebung e.V., der coronabedingt als „Weihnachtsmarkt to go“ stattfand. Über 3.500 Artikel hat der Kreativkreis der Lebenshilfe gebastelt. Herzlichen Dank für dieses herausragende ehrenamtliche Engagement!